

SP Kanton Zürich

Delegiertenversammlung vom 12. Juni 2012

Traktandum 3 – Rede des Parteipräsidenten

Gemeinsam sind wir stark – unser Beitrag zur Bekämpfung der europäischen Krise

Liebe Genossinnen und Genossen

Zweimal im Jahr flattert Euch jeweils die neue Ausschreibung der Stiftung SP Bildung ins Haus. Seit mehr als zehn Jahren bietet darin unser kleines Bildungswerk regelmässig politische Reisen in europäische Hauptstädte an. Ich selber habe wohl schon fast an einem Dutzend dieser Reisen teilgenommen, zuerst als Teilnehmer, seit ein paar Jahren nun als Organisator und Reiseleiter. Die Reisen bieten Gelegenheit, eine neue Stadt, ihre Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Kultur und Geschichte kennenzulernen. Der unbestreitbare Höhepunkt aber ist für mich das traditionelle Treffen mit Genossinnen und Genossen unserer jeweiligen Schwesterpartei vor Ort. Aus zwei Gründen.

Erstens tun mir diese Treffen einfach in meiner sozialdemokratischen Seele gut. Es ist ein tolles Gefühl, egal wo man hinreist, dort auf Menschen zu treffen, die man zwar nicht kennt, aber bei denen schnell klar wird: Sie sehen die Welt wie wir. Sie haben die gleichen Werte und Überzeugungen und sie treten für die gleichen Ideale ein wie wir, für Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Solidarität, Demokratie und für Freiheit. Egal wohin wir reisen, wir treffen dort immer auch auf Menschen, die wie wir daran glauben, dass sich diese Welt sozialer, gerechter und friedlicher gestalten lässt. Es ist ein tolles Gefühl zu wissen, dass es überall in Europa, überall auf der Welt Menschen gibt, die bei sich an den gleichen politischen Zielen arbeiten, wie wir hier bei uns. Mir tut dies jeweils unheimlich gut und diese Begegnungen sind deshalb für mich auch immer wieder Motivationspritzen für mein eigenes politisches Engagement.

Zweitens bieten diese Treffen die Gelegenheit, mehr zu erfahren, als das, was man in den Medien über diese Länder liest, hört und sieht, sofern überhaupt darüber berichtet wird. Es ist die Möglichkeit, aus erster Hand zu erfahren, wie es um die Politik in einem Land bestellt ist, neue Einsichten zu gewinnen, ja sogar, gewisse Aspekte des eigenen politischen Handelns in einem grösseren Zusammenhang zu sehen.

Ende April führte uns die politische Frühlingsreise der Stiftung SP Bildung nach Portugal, nach Lissabon. Und neben der Besichtigung einiger Sehenswürdigkeiten, einem Besuch im Fado-Museum, einem Stadtrundgang zur Nelkenrevolution konnten wir uns im portugiesischen Parlament auch mit zwei Abgeordneten der Sozialistischen Partei treffen, darunter mit Maria Helena dos Santos André, die Arbeitsministerin in der letzten sozialistischen Regierung von Ministerpräsident José Socrates.

Maria Helena und ihr Fraktionskollege erläuterten uns einem einstündigen Gespräch, welche Auswirkungen die europäische Austeritätspolitik in ihrem Land hat, was der giftige Cocktail von Lohn- und Rentenkürzungen und das Zusammenstreichen staatlicher Investitionen, Leistungen und Arbeitsplätzen für die portugiesische Gesellschaft bedeutet, wie der massive Kaufkraftverlust die portugiesische Binnenwirtschaft abgewürgt hat, zu einer immer massiver verlaufenden Rezession und einem

dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit geführt hat. Portugal läuft wie sein grosser iberischer Nachbar Spanien Gefahr, eine ganze Generation zu verlieren. Kurz gesagt: Die derzeitige, von Europa und dem IWF vorgeschriebene Austeritätspolitik nimmt gewaltige soziale Kollateralschäden in Kauf.

Damit jetzt aber kein falscher Eindruck entsteht: Die beiden portugiesischen Genossen zeigten sich bei unserem Gespräch durchaus auch selbstkritisch, beschönigten Fehler, welche die portugiesische Politik und die portugiesische Gesellschaft in der Vergangenheit gemacht hatten, keineswegs. Etwa den, dass viele Portugiesinnen und Portugiesen nach dem Eintritt in die Euro-Zone das Gefühl hatten: «Jetzt haben wir es geschafft. Jetzt kann uns nichts mehr passieren.» Und sich dank rekordtiefen Zinsen umgehend über beide Ohren verschuldeten, Schulden, aus denen die portugiesischen Privathaushalte nun kaum mehr herausfinden. Und sie stellen auch nicht in Abrede, dass in den von der Schuldenkrise betroffenen südeuropäische Staaten Reformen nötig sind. Aber wir waren uns einig: Die Reformen müssen so erfolgen, dass sie am Ende zu mehr wirtschaftlicher Prosperität für alle, dass sie zu mehr Gerechtigkeit für alle führen. Ansonsten profitieren von diesen Reformen am Ende nur wieder wenige, jene, die es schon immer verstanden haben, aus Krisensituationen Profit zu schlagen, während der grosse Rest der Bevölkerung die Kosten tragen muss. Und genau das droht heute in Südeuropa.

Das Treffen in Lissabon fand zehn Tage vor der zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen statt und unsere beiden Gesprächspartner setzten grosse Hoffnungen in einen Wahlsieg von François Hollande. Nicht weil sie in ihm irgend einen Superman sehen oder sich Illusionen über seinen realpolitischen Handlungsspielraum machen würden. Aber sie setzten Hoffnungen in seinen Wahlsieg, weil er zu einer Deblokierung des vorherrschenden Wirtschafts- und Politikdiskurses führen könnte, eines Diskurses, welches die bislang verfolgte Austeritätspolitik als alternativlos deklariert hat.

Wir wissen es: François Hollande hat die Wahl gewonnen und Frankreich hat 17 Jahre nach François Mitterrand zum zweitenmal einen sozialdemokratischen Staatspräsidenten. Und seine Wahl ist ein Signal: Sie bringt die Hoffnung, dass Europa wieder zu jenen Rezepten zurückkehrt, welche es einst gross gemacht haben. Eine Politik nämlich, die in die Menschen investiert, eine Politik, die für Ausgleich sorgt, eine Politik, die für eine gerechte Verteilung des gemeinsam Erarbeiteten sorgt, und eine Politik, welche die Verursacher der Krise, die Finanz- und Börsenspekulanten, in die Pflicht nimmt.

Nun fragt Ihr Euch vielleicht, liebe Genossinnen und Genossen, warum rede ich als Präsident der im europäischen Vergleich doch eher kleinen Zürcher Sozialdemokratie so lange über Portugal, über Frankreich, über Europa. Ganz einfach: Damit Europa wieder auf den Pfad der ökonomischen Vernunft, auf den Pfad der Fairness zurückfindet, müssen auch wir, als Zürcher und Schweizer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einen Beitrag leisten. Zwei Beispiele dafür.

Wir müssen einen Beitrag leisten, in dem wir dafür kämpfen, dass wir in der Schweiz mit der unerträglichen Steuerprivilegierung von Superreichen und von Holdings aufhören. Dieser Jahr für Jahr immer mehr forcierte Steuerwettbewerb, wie ihn sich die bürgerlichen Parteien auf die Fahne geschrieben haben, ist nämlich nicht nur für den schweizerischen Zusammenhalt schädlich, sondern er heizt auch den immer ruinöser werdenden internationalen Steuerwettbewerb kräftig mit an. Auch darum zahlen die Reichsten in Europa heute nur noch einen Bruchteil jener Steuern, die sie noch in den 1980er Jahr gezahlt haben und dennoch nicht verhungert sind. Auch darum besitzt in Europa ein Bruchteil von Superreichen so viel wie alle anderen zusammen. Auch

deshalb kommen heute Reiche aus ganz Europa zu uns, um bei uns von lächerlich tiefen Steuersätzen etwa in der Pauschalbesteuerung zu profitieren.

Oder wir müssen, das zweite Beispiel, auch weiterhin dafür kämpfen, dass das Geschäftsmodell gewisser Schweizer Banken, das auf Beihilfe zur Steuerhinterziehung aufbaut, endlich ein Ende findet. Damit haben sie, haben wir als Schweiz einen Beitrag dazu geleistet, dass sich griechische Reeder und spanische Immobilienmagnaten der Besteuerung in ihrem Land entziehen konnten, haben wir es ihnen erlaubt, dass sie ihre Landsleute – man kann es nicht anders sagen – bestehlen konnten, haben wir einen Beitrag dazu geleistet, dass den Ländern Südeuropas die ihnen rechtmässig geschuldeten Einnahmen vorenthalten wurden. Dieser auf Diebstahl aufbauender Politik muss ein Ende gemacht werden. Und hier sind wir gefordert, hier müssen wir unseren Beitrag zur Bekämpfung der europäischen Krise leisten.

So wenig, wie unsere portugiesischen Genossinnen und Genossen ausblenden können, dass der aktuellen Krise auch eigene, hausgemachte Fehler zu Grunde liegen, so wenig können wir abstreiten, dass die von der bürgerlichen Mehrheit und den Wirtschaftsverbänden in unserem Land betriebene Politik auch einen Beitrag zur aktuellen Krisensituation in Europa geleistet hat. Wo es Verlierer gibt, gibt es immer auch Gewinner. Und die finden sich nicht zuletzt bei uns, in der Reihe der globalisierten, vaterlandslosen Finanz- und Vermögenselite.

Es liegt doch auf der Hand, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn die Vermögen einer kleinen Schicht so hoch sind, wie nie zuvor, und zugleich die Staatsschulden so hoch sind, wie nie zuvor, dann besteht da ein offensichtlicher Zusammenhang. Und deshalb gibt es auch nur einen Weg, um das Problem zu lösen: Jene, die viel haben, besonders jene, die unanständig viel haben, müssen einen grösseren, einen massiv grösseren Beitrag leisten. Es ist nämlich nicht primär die breite Mehrheit der Bevölkerung in Südeuropa, die über ihre Verhältnisse gelebt hat, sondern es sind vor allem jene Spekulanten und Finanz-Zauberlehrlinge, die mit ihren Geschäftsmodellen die Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht haben und mit Rettungsschirmen und Staatsgarantien rausgehauen werden mussten. Sie sind es, die über die Verhältnisse gelebt haben. Und sie sollen bitte schön dafür auch die Rechnung zahlen, liebe Genossinnen und Genossen.

Beim Gespräch mit Maria Helena und ihrem Fraktionskollegen in Lissabon habe ich wieder einmal gemerkt, wie wichtig es ist, dass wir uns bewusst sind, dass unser politisches Handeln nicht nur für uns, unseren Kanton und unser Land wichtig ist, sondern dass ein Eintreten für unsere sozialdemokratischen Werte und Ideale hier eben auch eine Bedeutung für die Menschen andernorts haben kann. Genauso wie das Engagement unserer Genossinnen und Genossen in ihren Heimatländern für uns. «Für alle statt für wenige», liebe Genossinnen und Genossen, hat auch eine internationale Komponente. Und eben deshalb tut es gut, wenn wir auf unseren Reisen, wo immer wir auch hinkommen, dort auf Genossinnen und Genossen treffen, die mit uns gemeinsam für alle kämpfen. Denn gemeinsam sind wir stark!

Herzlichen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort.